



A Der tägliche Schulweg zweier Siebtklässlerinnen

Arbeitsaufträge

- 1 Lest die Fallbeschreibung unten. Um was geht es hier?
- 2 Diskutiert zu zweit
 - Wie würdet ihr euch fühlen, wenn ihr so einen Schulweg wie die beiden Mädchen hättet?
 - Was für Möglichkeiten gibt es, die Zeit des Schulweges für die Mädchen zu verkürzen?
 - Was für Möglichkeiten gibt es, den Weg weniger gefährlich zu gestalten?

Fallbeschreibung¹

Die Familie Gerber wohnt mit ihren beiden 13-jährigen Töchtern Lara und Emma auf einem Bauernhof ausserhalb des Dorfes Eptingen. Da die Gemeinde Eptingen immer weniger Kinder in der Schule hatte, wurde vor einigen Jahren die Schule im Dorf geschlossen. Daher besuchen die beiden Mädchen nun die Sekundarschule in Sissach. Um täglich in die Schule zu gehen, müssen sie dafür zuerst von ihrem Hof ins Dorf

1 Die Fallbeschreibung ist eine Zusammenfassung aus mehreren Quellen: Basel Urteil 810 19 220; Andreas Hirsbrunner, „Eptingen - Seit Jahren kämpfen drei Familien für einen Schulsammelbus – nun bestätigt sie ein Unfall“, Solothurner Zeitung, 27. März 2019, <https://www.solothurnerzeitung.ch/basel/baselland/seit-jahren-kampfen-drei-familien-fur-einen-schulsammelbus-nun-bestaetigt-sie-ein-unfall-ld.1353477>; Simon Tschopp, „Schulweg - Eltern gewinnen vor Kantonsgericht: Schulwegkosten werden vom Kanton getragen“, Solothurner Zeitung, 20. Februar 2020, <https://www.solothurnerzeitung.ch/basel/eltern-gewinnen-vor-kantonsgericht-schulwegkosten-werden-vom-kanton-getragen-ld.1410112>; SBB.ch und Google Maps (Zugriff am 15.02.2021, fiktive Namen).

Eptingen gelangen. Hier verläuft der 2.5 km lange Weg über die enge, gut befahrene Kantonsstrasse (siehe Bild) ins Dorf. Zudem ist der Weg auch recht steil, da zwischen dem Dorf und dem Hof einige Höhenmeter liegen (180 Höhenmeter). Der grösste Teil des Weges liegt jetzt aber noch vor ihnen. Zwischen Eptingen und Sissach liegen drei weitere Dörfer und der Weg ist ungefähr 9 km lang. Einen direkten Velo- oder Wanderweg gibt es nicht, nur die stark befahrene Hauptstrasse. Dafür gibt es eine Busverbindung zwischen Eptingen und Sissach. Der Bus fährt zu Stosszeiten ca. alle 15 Minuten, unter dem Tag alle 30 Minuten. Würden Lara und Emma den ganzen Schulweg zu Fuss zurücklegen hätten sie über zwei Stunden für einen Weg.

B Gerichtssentscheid zur Finanzierung des Schulwegs

Arbeitsaufträge

Lest den Gerichtssentscheid und beantwortet folgende Fragen:

- 1 Was für Gründe werden im Gerichtsurteil genannt, wieso der Kanton die Schulwegkosten übernehmen muss?
- 2 Auf welches Menschenrecht verweist das Gerichtsurteil, wenn es begründet, warum der Kanton die Schulwegkosten übernehmen muss?

Zusammenfassung des Argumentariums des Gerichtes in vereinfachter Sprache²

4.2 Art. 19 BV (Recht auf Bildung) verlangt vom Staat, dass Kinder einen «ausreichenden und unentgeltlichen» Grundschulunterricht geniessen können. Das Recht auf Bildung verpflichtet den Staat unter anderem, dass der Schulweg für die Kinder zumutbar sein muss. Ist der Schulweg nicht zumutbar, muss der Staat eine Lösung für die Kinder suchen.

4.3 Der Schulweg darf den Schulbesuch für die Kinder nicht mühsam machen. Der Schulweg darf nicht zu lang sein. Der Schulweg darf auch nicht zu viele Höhenmeter haben. Auch darf der Schulweg nicht gefährlich sein. Ist der Schulweg zu Fuss zu mühsam, gilt der Schulweg als unzumutbar. Der Schulweg muss so sein, dass die Kinder sicher, zuverlässig und zeitgerecht zur Schule gehen können. Ist das nicht so, muss der Staat Lösungen suchen. Zum Beispiel kann der Staat Busbillette bezahlen, damit die Kinder einen Bus nehmen können. Der Staat kann auch einen Schulbus- oder Schultaxidienst einrichten. Eine weitere Lösung kann sein, dass die Eltern die Kinder mit dem Auto zur Schule bringen. Dann muss der Staat die Kosten für das Benzin bezahlen.

4.4 Ob der Schulweg zu Fuss für Lara und Emma zumutbar ist, hängt von zwei Faktoren ab:

- vom Weg selber (Länge des Schulweges, Höhendifferenzen und Gefährlichkeit des Weges),
- vom Alter und der Gesundheit von Lara und Emma.

4.6 und 5.2 Wie sieht das nun bei Lara und Emma aus? Wir als Gericht entscheiden, dass ihr Schulweg unzumutbar ist. Der Weg ist zu lang. Auch ist der Weg zu gefährlich, weil viele Autos auf dem Schulweg unterwegs sind. Daher entscheiden wir, dass der Staat das Benzin für die Autofahrt und das Busbillett bezahlen muss.

² Entscheidung des Kantonsgerichts Basel-Landschaft, Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht, vom 19. Februar 2020 (810 19 220), unter Beizug des Entscheids des Amtes für Volksschulen (AVS), vom 2. Mai 2019

C Das Recht auf Bildung

Arbeitsaufträge

Lest die Materialien zum Recht auf Bildung durch. Haltet im Antwortbogen in eigenen Worten fest:

- 1 Wer hat ein Recht auf Bildung?
- 2 Wozu gibt es das Recht auf Bildung? Was ist das Ziel?
- 3 Beinhaltet das Recht auf Bildung auch Pflichten für Kinder und deren Eltern? Falls ja, welche?
- 4 Was für verschiedene Pflichten und Aufgaben müssen der Schweizer Staat und die öffentlichen Schulen erfüllen, damit das Recht auf Bildung umgesetzt ist?
- 5 Welche staatliche Pflicht ist für den Fall der beiden Schülerinnen relevant?

C1 Auszüge aus verschiedenen Dokumenten, welche das Recht auf Bildung verankern

Übereinkommen über die Rechte des Kindes

Art. 28 UN-Kinderrechtskonvention

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf Bildung an; um die Verwirklichung dieses Rechts auf der Grundlage der Chancengleichheit fortschreitend zu erreichen, werden sie insbesondere:

a) den Besuch der Grundschule für alle zur Pflicht und unentgeltlich machen;

[...]

e) Massnahmen treffen, die den regelmässigen Schulbesuch fördern und den Anteil derjenigen, welche die Schule vorzeitig verlassen, verringern.

(2) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Massnahmen, um sicherzustellen, dass die Disziplin in der Schule in einer Weise gewahrt wird, die der Menschenwürde des Kindes entspricht und im Einklang mit diesem Übereinkommen steht.

(3) Die Vertragsstaaten fördern die internationale Zusammenarbeit im Bildungswesen, insbesondere um zur Beseitigung von Unwissenheit und Analphabetentum in der Welt beizutragen und den Zugang zu wissenschaftlichen und technischen Kenntnissen und modernen Unterrichtsmethoden zu erleichtern. Dabei sind die Bedürfnisse der Entwicklungsländer besonders zu berücksichtigen.

Art. 29 UN-Kinderrechtskonvention

(1) Die Vertragsstaaten stimmen darin überein, dass die Bildung des Kindes darauf gerichtet sein muss:

a) die Persönlichkeit, die Begabung und die geistigen und körperlichen Fähigkeiten des Kindes voll zur Entfaltung zu bringen;

[...]

d) das Kind auf ein verantwortungsbewusstes Leben in einer freien Gesellschaft [...] vorzubereiten;

[...]

Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Art. 19 BV

Der Anspruch auf ausreichenden und unentgeltlichen Grundschulunterricht ist gewährleistet.

Art. 62 BV

¹ Für das Schulwesen sind die Kantone zuständig.

² Sie sorgen für einen ausreichenden Grundschulunterricht, der allen Kindern offen steht. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch [...]. An öffentlichen Schulen ist er unentgeltlich

[...]

C2 Informationstext zum Recht auf Bildung³

Bildung – ein Menschenrecht

Kinder haben das Recht zu lernen, was sie interessiert und was sie für das Zusammenleben mit anderen Menschen brauchen. Das Recht auf Bildung ist in der Schweizer Verfassung als auch in verschiedenen völkerrechtlichen Verträgen wie der UNO-Kinderrechtskonvention verankert. Dieses Recht ist gleichzeitig eine Pflicht: Jedes Kind in der Schweiz muss mindestens neun Jahre Grundschulunterricht besuchen.

Bedeutung und Ziele des Rechts auf Bildung

Das Ziel dieses Menschenrechts ist es, ein Mindestmass an Bildung für alle Kinder zu garantieren. Indem alle Kinder zur Schule gehen, sollen alle Kinder die gleichen Möglichkeiten und Startchancen für ihre späteres berufliches und privates Glück be-

³ Gekürzte Fassung des Hintergrundtextes «Recht auf Bildung», <https://www.qqqq.qqq>

kommen. Man hofft, dass wenn alle Kinder zur Schule gehen, man Ungleichheiten zwischen Kindern beispielsweise aus ärmeren und reicheren Familien oder zwischen Kindern aus intakten und schwierigen Familienverhältnissen ausgleichen kann. Zur Schule zu gehen und neue Sachen zu lernen beeinflusst die Entwicklung der Kinder, die berufliche Zukunft und die Lebenschancen. Darüber hinaus gibt die Schule Werte und kulturelle Traditionen weiter. Bildung ist auch wichtig, damit Kinder ihre Grundrechte kennen lernen.

Weil die Bildung das weitere Leben so stark beeinflusst, müssen und dürfen alle Kinder, die in der Schweiz wohnen, zur Schule: Egal, ob sie sich illegal im Land aufhalten, ob sie eine Behinderung haben, oder ob ihre Eltern lieber hätten, dass sie nicht zur Schule gehen.

Die konkreten Rechte von Schüler*innen Schweiz

In der Schweizer Bundesverfassung steht, dass der Grundschulunterricht «ausreichenden und unentgeltlichen» sein muss. Dazu gehört zum Beispiel, dass Schülerinnen und Schülern im Unterricht lernen, wie sie später ein eigenes Leben führen können, einen Beruf erlernen können und an der Demokratie teilnehmen können. Konkret müssen Schülerinnen und Schüler daher in der Schule Lesen, Schreiben und Rechnen lernen. Auch sollen Schülerinnen und Schüler historische, politische und naturwissenschaftliche Zusammenhänge verstehen lernen.

Der Unterricht an öffentlichen Schulen muss gratis sein. Die Schulen dürfen keine Schulgelder oder sonstige Gebühren, beispielsweise für Lernmaterialien, von den Eltern verlangen. Weil der Schulbesuch für alle Kinder eine Pflicht ist, müssen auch alle dieselbe Möglichkeit dazu haben. Das heisst beispielsweise, dass der Schulunterricht religiös neutral sein muss. Aber auch praktische Sachen müssen für alle gleich sein: Der Schulweg darf nicht zu lang oder zu gefährlich sein. Ist dies der Fall, gilt der Schulweg als unzumutbar: Dann muss der Staat die Kosten für den Transport bezahlen.

C3 Antwortbogen zu Recht auf Bildung

Wer hat ein Recht auf Bildung?

Wozu gibt es das Recht auf Bildung? Was ist das Ziel?

Beinhaltet das Recht auf Bildung auch Pflichten für Kinder und deren Eltern? Falls ja, welche?

Was für verschiedene Pflichten und Aufgaben müssen der Schweizer Staat und die öffentlichen Schulen erfüllen, damit das Recht auf Bildung umgesetzt ist?

Welche staatliche Pflicht ist für den Fall der beiden Schülerinnen relevant?
